

3875/J XXVIII. GP

Eingelangt am 29.10.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend **Umsetzung des GREVIO-Berichts 2024**

Der aktuelle GREVIO-Bericht¹ über die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Österreich hebt gravierende Defizite in mehreren Handlungsfeldern hervor. Dazu zählen unzureichende Datengrundlagen, ungleiche Finanzierung von Opferschutzeinrichtungen, fehlende Qualitätsstandards sowie Lücken in der ressortübergreifenden Koordination. Besonders kritisiert wird, dass Frauen und Kinder nicht flächendeckend denselben Zugang zu Schutz und Hilfe erhalten. Der Bericht fordert Österreich „nachdrücklich“ auf, seine Verpflichtungen aus der Konvention vollumfänglich umzusetzen und nachhaltige Strukturen zu schaffen.

GREVIO beanstandet darüber hinaus Defizite in der Strafverfolgung und Opferbetreuung. Kritisiert wird der zu häufige Einsatz diversioneller Maßnahmen in Fällen häuslicher oder sexueller Gewalt, die unzureichende Beweissicherung, das Fehlen flächendeckender Vergewaltigungskrisenzentren sowie Lücken im Opferschutz während des Verfahrens. Die die Umsetzung der Istanbul-Konvention erfordert eine konsequenteren strafrechtliche Ahndung und umfassende Opferunterstützung.²

In diesem Zusammenhang richtet die unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

Anfrage

1. Wie bewertet und reagiert Ihr Ministerium auf die im GREVIO-Bericht festgestellten Umsetzungsdefizite?
2. Wann wird eine überarbeitete nationale Strategie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen beschlossen?
3. Welche Bundesmittel wurden von Ihrem Ministerium in den Jahren 2023 und 2024 für Frauenhäuser, Gewaltschutzzentren und Kriseneinrichtungen bereitgestellt?

¹ https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:9fd23a16-62fe-4967-b119-42103209e964/2024_grevio-bericht-dte-uebersetzung.pdf (aufgerufen am 20.10.2025)

² <https://www.coordination-vaw.gv.at/nachrichten/grevio-bericht-und-oesterreichische-stellungnahmen.html> (aufgerufen am 19.10.2025)

4. Wie wird sichergestellt, dass die Finanzierung dieser Einrichtungen in allen Bundesländern gleichwertig erfolgt?
5. Gibt es einen bundeseinheitlichen Qualitätsrahmen für Opferschutz-einrichtungen?
 - a. Wenn ja, seit wann und mit welchen Vorgaben?
 - b. Wenn nein, ist ein solcher in Planung?
6. Welche Fortschritte gibt es bei der Koordination zwischen Bund und Ländern zur Umsetzung der Istanbul-Konvention?
7. Welche Maßnahmen plant Ihr Ministerium, um die GREVIO-Empfehlungen in künftige Aktionspläne aufzunehmen?
8. Wie viele Schulungsmaßnahmen zur Gewaltprävention wurden seit 2023 im Auftrag Ihres Ministeriums finanziert? (Bitte um Auflistung nach Jahr, Zweck, Ausgaben)
9. Werden die Wirkungen der geförderten Projekte im Bereich Opferschutz regelmäßig evaluiert?
 - a. Wenn ja, von wem?
 - b. Wenn ja, in welchen Intervallen?
10. Wer ist in Ihrem Ministerium für die Gesamtkoordination der GREVIO-Umsetzung verantwortlich?
11. In wie vielen Fällen häuslicher Gewalt, Stalking oder sexueller Gewalt wurde in den Jahren 2022 bis 2025 ein Tatausgleich angewendet?
12. Strebt Ihr Ministerium an, diversionelle Erledigungen in solchen Fällen zu beschränken?
 - a. Wenn ja, inwiefern?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
13. Welche Standards bestehen derzeit zur Beweiserhebung bei Sexual- und Gewaltdelikten?
14. Wann ist mit der flächendeckenden Einrichtung von Vergewaltigungs-krisenzentren zu rechnen?
15. Welche Maßnahmen wurden von Ihrem Ministerium bisher gesetzt, um die Aussagequalität und den Schutz von Opfern im Verfahren zu verbessern?
16. In wie vielen Fällen wurde in den Jahren 2022-2025 Opferentschädigung zugesprochen?
 - a. Wie viele Anträge wurden abgewiesen?
17. Wie wird die Zusammenarbeit zwischen Gerichten und Opferschutz-einrichtungen sichergestellt?
18. Welche verpflichtenden / freiwilligen Schulungen für Richter, Staatsanwälte und Gerichtspersonal zu Gewalt gegen Frauen fanden in den Jahren 2022 bis 2025 statt?
 - a. Besteht hier ein regelmäßiges Angebot?
 - b. Wie werden diese Schulungen angenommen?
19. Gibt es eigene Richtlinien für den Umgang mit Opfern häuslicher Gewalt in familienrechtlichen Verfahren?
 - a. Wenn ja, wie wird die Wirksamkeit dieser Richtlinien überprüft?
20. Welche Empfehlungen des GREVIO-Berichts wurden seit September 2024 von Ihrem Ministerium umgesetzt?
 - a. Welches Budget wurde dafür aufgewendet?